

Die Hauptversammlung erklärt, daß die in Absatz b erwähnte weitere erhebliche Steigerung der Geschäftsumkosten ohne entsprechende Umsatzerhöhung im Laufe der letzten Wochen, insbesondere durch den Abschluß von Tarifverträgen mit den Angestellten und Arbeitern, bereits eingetreten ist, und ersucht deshalb den Vorstand des Börsenvereins, eine Erhöhung des Steuerzuschlags auf 20% mit sofortiger Wirkung zu beschließen.

Meine Herren, trotz dieser Notwendigkeit der Erhöhung, die unter allen Umständen für das Sortiment durchgesetzt werden muß, wenn es am Leben bleiben will, weichen wir von dem Wege der Entschließung im Vertrauen auf den Vorstand des Börsenvereins nicht ab. Wir lassen es bei dieser Entschließung und legen das Schicksal des deutschen Sortiments vertrauensvoll in die Hände des Vorstands des Börsenvereins.

Meine Herren, die Notstandsordnung, die wir in der vorigen Ostermesse beschlossen haben, ist ein Gesetz, von dem von vornherein widerspruchlos feststand, daß es mit Änderung der wirtschaftlichen Lage geändert werden könne und müsse. Die ganze Form der Notstandsordnung beweist Ihnen das. Es kann in Aussicht genommen werden, die Steuerzuschläge bei besserer wirtschaftlicher Lage des Buchhandels abzubauen; es muß auch die Möglichkeit bestehen, die Steuerzuschläge bei schlechterer wirtschaftlicher Lage zu erhöhen. Der Jahresbericht des Börsenvereins, den Sie vorher gehört haben, bringt es außerdem klar zum Ausdruck, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse bereits jetzt so verändert haben, daß mit einer weiteren Erhöhung des Steuerzuschlags unweigerlich gerechnet werden muß.

Der Deutsche Verlegerverein hat sich gestern in seiner Hauptversammlung mit dieser Frage beschäftigt und hat folgende Entschließung angenommen:

Die Hauptversammlung des Verlegervereins erklärt, daß sie eine Erhöhung des Sortimenterschulds über den Satz von 10% hinaus für den Buchhandel für verderblich und mit Rücksicht auf die dem Buchhandel anvertrauten Interessen des Schrifttums und der Bildung für unvereinbar hält.

Meine Herren, jedem Kaufmann unter uns wird diese Entschließung glattweg unverständlich sein. (Zuruf: Lächerlich!) Die wirtschaftlichen Verhältnisse können sich so verschieben, daß die Interessen von Schrifttum und Bildung, die nicht nur der deutsche Verlag, sondern in demselben Maße und mit demselben Rechte auch das deutsche Sortiment vertritt, hintenangesezt werden müssen, wenn es gilt, den deutschen Buchverlag und das deutsche Sortiment lebensfähig zu erhalten. Die Rücksichten auf das Schrifttum und die Bildung, die für uns alle heilig sind, müssen zurückgestellt werden, wenn es gilt, unsere Lebensinteressen zu verteidigen. Meine Herren, die Stellungnahme des Deutschen Verlegervereins von gestern abend ist meiner Ansicht nach zweierlei. Einmal ist sie unsozial; denn wenn sie durchgeführt werden würde, müßte sie verhindern, daß der deutsche Buchhandel seine Gehilfen und seine Arbeiter so angemessen entlohnt, wie es den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht. Der deutsche Buchhandel müßte sich in Widerspruch setzen zu den Bestrebungen aller Kreise, von den regierenden herunter bis zu den Kreisen der Arbeiterschaft. Die Lebensnotwendigkeiten, das Mindestmaß der Lebenshaltung, das heute von jedem verfochten wird, sei er Arbeiter, sei er Arbeitgeber, müssen verletzt werden, wenn dem Kaufmann nicht die Möglichkeiten geboten werden, diesen Interessen gerecht zu werden.

Jeder Kaufmann, welcher Art er auch sei, ist in der Lage, die Unkosten, die ihm die soziale neue Gesetzgebung auferlegt, auf das Publikum abzuwälzen, und zwar einfach mit dem Rechenstift. Nur der Sortimenterbuchhandel ist hierzu nicht in der Lage, da er gebunden ist durch den Ladenpreis und durch die Spanne des Verdienstes, die der Verlag ihm zuweist. Reicht diese Spanne nicht mehr aus, reicht der Steuerzuschlag von 10%, den wir jetzt besitzen, nicht mehr aus, diesen Pflichten gerecht zu werden, dann haben wir die Wahl, entweder unsere Betriebe zu schließen oder den Versuch zu machen, unsere Angestellten und Arbeiter weiter mit Hungerlöhnen abzuspeisen, und die weitere Folge eines Vorgehens der letzteren Art wäre es, daß unsere fähigen Leute abwandern müßten in andere Berufe, die kaufmännisch besser rechnen und denken als wir, und die in der Lage sind, ihnen ausreichende Belohnung zu verschaffen. Die Stellungnahme des Deutschen Verlegervereins ist aber weiter eine unparitätische. In der Vorstandssitzung, die wir am Freitag abend gemeinschaftlich mit dem Börsenverein und dem Verlegerverein gehabt haben, hat der Vorsitzende des Deutschen Verlegervereins auf unsere Anfrage erklärt, daß der Verlag selbstverständlich die neuen Kosten abwälzen müsse, das heißt mit anderen Worten, daß er gezwungen sei, die neuen Lasten aus den Tarifverträgen in die Preise der Bücher mit einzufaktulieren, also die Bücher teurer herauszubringen. Was aber der Verlag für sich — und vollständig berechtigt — beansprucht, das muß er meiner Ansicht nach auch dem Sortiment zubilligen. Es wäre unparitätisch, es wäre unfreundlich gesinnt gegen das Sortiment, wenn er sich dieser Verpflichtung entziehen wollte. (Sehr richtig!)

Meine Herren, wenn heute die Hauptversammlung gegen jedes Erwarten zu der grundsätzlichen Annahme kommen sollte, daß das Sortiment nicht berechtigt ist, diese Kosten in Form eines erhöhten Steuerzuschlags auf das Publikum zu wälzen, welches würden die Folgen sein? Ich brauche Sie nur auf das hinzuweisen, was eine ganze Reihe von Ortsvereinen bereits, den Entscheidungen der heutigen Hauptversammlung vorgehend, getan hat. Sie wissen, daß Ortsvereine wie Hannover-Linden, Bielefeld, Aachen, Hildesheim, die Pfalz und eine ganze Reihe von anderen das Prävenire gespielt und einen erhöhten Steuerzuschlag von 20% bereits eingeführt haben, unbekümmert um die Entscheidung des Börsenvereins, unbekümmert um den Widerspruch des Verlegervereins. Kommen wir nicht dazu, in legaler Weise und unter strenger Zügelhaltung der verantwortlichen Organisationen des deutschen Buchhandels den Steuerzuschlag zu erhöhen, dann laufen wir Gefahr und haben mit Sicherheit zu erwarten, daß bereits innerhalb der nächsten Wochen in allen deutschen Städten, wo die Unkosten stark gestiegen sind, die Sortimentervereine dem Beispiele von Hannover-Linden und anderen folgen werden, und wir werden sehen, daß eine solche Buntschelligkeit der Zuschläge, Ausnahmen und Bestimmungen seitens des Sortiments eingeführt wird — und zwar gezwungen eingeführt wird —, daß der Ladenpreis nicht nur in Gefahr gerät, sondern ein für allemal seine Erledigung gefunden hat.

Meine Herren, die weitere Folge dieser Erschütterung des Ladenpreises wäre, wie ich vorher schon ausführen durfte, die vollständige Vernichtung der Deutschen Bibliographie. Die fernere Folge wäre, daß der Verlag endgültig auf sein Recht verzichten muß, auf die Bestimmung des Ladenpreises auch nur noch den geringsten Einfluß zu haben; denn das Sortiment würde dazu übergehen, nach rein kaufmännischen Grundsätzen zu arbeiten und seine Verkaufspreise auf Grund der Einkaufspreise und der Gestehungskosten festzusetzen, und, meine Herren, letzten Endes wäre das das Ende des Börsenvereins. Ich bin sicherlich kein Prophet; aber es liegt so klar auf der Hand, daß, durch die Not der Zeit gezwungen, das Sortiment diesen Weg gehen muß, daß es unweigerlich feststeht, daß das, was ich eben kurz skizziert habe, eintreten muß, und zwar innerhalb der nächsten Wochen eintreten muß. Ich richte deshalb an meine Kollegen vom Verlag den herzlichen und wärmsten Appell, uns den Weg, den wir, durch die Zwangslage, in die wir gekommen sind, veranlaßt, gehen müssen, nicht zu verlegen; ich richte an Sie den Appell, daß der Verlag uns in der grundsätzlichen Frage zustimmt, daß wir berechtigt sein müssen, die uns entstehenden Mehrkosten auf das Publikum abzuwälzen, und daß er endlich uns zugestehen möchte, diese Erhöhung auf 10% festzusetzen, wobei ich betonen darf, daß in allen Städten, in denen Tarifverträge bereits abgeschlossen sind, die Erhöhung der Unkosten durch diese Gehälter- und Lohnerhöhungen bereits 5—6% beträgt. Meine Herren, die Vorstandsmitglieder der Buchhändlergilde, die Antragsteller, werden in kurzer Zeit in der Lage sein, das Material hierfür dem Vorstände des Börsenvereins einzuhändigen, und wenn Sie rechnen, daß zu diesen